

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

weiterhin dürfen Küken geschreddert und Ferkel betäubungslos kastriert werden. Die EU droht Deutschland wegen Nitratbelastung des Grundwassers mit millionenschweren Bußgeldern. Biozide sind Grund für Artensterben. Für Wildpflanzen und Wildtiere ist der Acker eine „No-Go-Area“. Schlagzeilen dieses Sommers. Die Misere beschreibt der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sprachlich, ins scheinbar Positive gewendet, so: „Die Landwirtschaft hat ein großes Potenzial für die Bewahrung der Biodiversität.“ An gleicher Stelle

heißt es, „wir werden das Insektensterben durchgreifend bekämpfen“ – aber ohne die Landwirtschaft einzuschränken.

Ein ethisches und ökologisches Desaster ist die moderne Landwirtschaft nicht erst seit heute und nicht einmal zum Nutzen der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe. Allein in den letzten zehn Jahren gaben 100.000 Betriebe auf. Kritik daran weisen Branchenvertreter gewohnt reflexhaft zurück, was bestätigt, dass sie die Zustände nicht ändern wollen und den Herausforderungen der Zeit nicht gewachsen sind. Das Ausbleiben der Agrarwende kann nicht allein dem Einkaufsverhalten der Verbraucher angelastet werden. Es ist die Aufgabe des Staates, ein gedeihliches Zusammenleben zu organisieren – auch das zwischen Mensch und Natur. Nirgends wird dieser Anspruch mehr verfehlt als in der Landwirtschaft.



Der Gebrauch des Eigentums soll auch dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Das ist mehr als die Forderung eines Jungsozialisten, nämlich grundgesetzlich geschuldet. Wenn der Staat diesen Anspruch durchzusetzen nicht willens oder in der Lage ist, sollte er

ihm wenigstens auf dem Land im öffentlichen Eigentum Geltung verschaffen. Bei dessen Bewirtschaftung, so das Bundesnaturschutzgesetz, sollen die Ziele des Naturschutzes „in besonderer Weise“ berücksichtigt werden.

Was also hindert Bund, Länder und Kommunen, die Bewirtschaftung ihrer Flächen an ökologische Standards zu binden? Ist das nicht das Gebot der Stunde und der Wunsch der Allgemeinheit? Diese Frage richtet sich um nichts weniger an die Kirchen in Deutschland, die die Erhaltung der Schöpfung im Munde führen und mehr als eine halbe Million Hektar landwirtschaftlicher Fläche besitzen. Die Landfläche der 16 deutschen Nationalparke ist weniger als halb so groß.

Mögen Balkon- und Gartenbesitzer für Insektenhotels und ein reiches Blütenangebot sorgen. Fürs Überleben der Junikäfer, Wildbienen, Schwebfliegen und Schmetterlinge braucht es mehr als Appelle, Broschüren und Aktionen wie *Bruchdorf brummt* und *Die Südstadt summt*. Es bedarf einer Agrarpolitik, die Bauern, Bienen und Biotope gleichermaßen erhält, naturschutzgerechte Bewirtschaftungsmethoden honoriert, Belastungsgrenzen respektiert und Verstöße nötigenfalls ordnungsrechtlich sanktioniert.

Die Tagfalter sind auch in diesem Sommer weithin ausgeblieben. Die um die Naturerlebnisse ihrer Großeltern betrogene Fridays-for-Future-Generation hat keine Vorstellung von der früheren Fülle der fragil geflügelten Wesen und schreibt ihr Verschwinden, sollte es überhaupt und nicht ausgerechnet an einem Freitag auf dem Lehrplan stehen, womöglich dem Klimawandel zu.

Ihr Wilhelm Breuer